



1511N-195ME

Amt der Tiroler Landesregierung

Verfassungsdienst/EU-Recht

An das
Bundesministerium
für Finanzen
Himmelfortgasse 4-8
Postfach 2
1015 Wien

Dr. Marold Tachezy
Telefon: 0512/508-2210
Telefax: 0512/508-2205
e-mail: verfassungsdienst@tirol.gv.at
DVR 0059463

**Finanzmarktaufsichtsgesetz;
Stellungnahme**

Geschäftszahl Präs.II-566/41
Innsbruck, 09.05.2001
Zu GZ. 23 1009/8-V/14/01 vom 10. April 2001

Aus der Sicht der vom Land Tirol zu vertretenden Interessen besteht gegen den oben angeführten Gesetzentwurf grundsätzlich kein Einwand.

Zur Änderung des Sparkassengesetzes (Art. VI des Entwurfes) wird bemerkt, dass der durch die Zuständigkeitsübergänge vom Landeshauptmann auf die Finanzmarktaufsichtsbehörde bewirkten weiteren Schritte in Richtung Zentralisierung bei Bundeseinrichtungen abgelehnt wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Arnold
Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

**gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederöstr. Landesregierung, Wien**

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf. (zusätzl. per e-mail)

an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme übersandt.

Für die Landesregierung:

**Dr. Arnold
Landesamtsdirektor**

Für die Richtigkeit der Ausfertigung

Arnold